



**Karlspreis für
Horst Seehofer**

(Seite 2)

**Ungarn tut
es leid!**

(Seite 3)

**Tribüne der
Meinungen**

(Seite 16)

Bundesregierung ignoriert sudetendeutschen Protest gegen die Ignoranz

Mit einer Protestnote hatte die Bundeshauptversammlung der Sudetendeutschen Landsmannschaft in Österreich (SLÖ) vor fast einem Jahr ihren Unmut über die Ignoranz der Bundesregierung gegenüber den Anliegen der Sudetendeutschen zum Ausdruck gebracht. Wörtlich heißt es: „Unter Hinweis auf unsere gleichlautenden Resolutionen vom 18. April 2009 und vom 9. April 2011, die von der Österreichischen Bundesregierung bisher völlig unbeachtet geblieben sind, protestieren wir gegen die beharrliche Verweigerung unseres Rechtsanspruches auf Gewährung des aktiven „Diplomatischen Schutzes“ bei Durchsetzung unserer völker- und menschenrechtlichen Wiedergutmachungsansprüche.“ Die SLÖ sieht darin „den Tatbestand einer dauerhaften Diskriminierung im Sinne der Menschenrechtskonvention vom

10. 12. 1948 und der Menschenrechtspakte 1966!“

Ein Jahr danach ist es Zeit, Bilanz zu ziehen. Doch die fällt ernüchternd aus. Zunächst gab es nämlich gar keine Reaktion auf die Protestnote. Erst als SLÖ-Bundesobmann Gerhard Zeihsel sie ein weiteres Mal ins Bundeskanzleramt schickte, erhielt er diese Antwort: „Sehr geehrter Herr Bundesobmann, Ihr Schreiben vom 20. Juni 2012, mit dem Sie eine Protestnote vom 14. April 2012 übermitteln, hat der Herr Bundeskanzler am 3. Juli 2012 dem Ministerrat vorgelegt. Mit freundlichen Grüßen – Mag. Leitner e.h.“ Der gezeichnete Stephan Leitner wurde kurz darauf von einem Journalisten via E-mail gefragt, was das denn nun zu bedeuten hätte? Die Antwort: Bis heute keine.

Ein hoher Beamter des Außenministeriums

half zumindest bei der Einordnung des Schreibens aus dem Bundeskanzleramt. Hier seine wörtliche Erklärung: „Bei jedem Ministerrat werden standardmäßig vom Bundeskanzleramt sämtliche Schreiben, Eingaben, Offene Briefe und dergleichen vorgelegt. Die werden gar nicht einzeln aufgezählt, sondern einfach in Bausch und Bogen zur Kenntnis genommen. Bei den Betroffenen erzeugt es manchmal Erstaunen, wenn ihnen geantwortet wird: „...wurde dem Ministerrat vorgelegt“. Aber das hat keine inhaltliche Auseinandersetzung mit dem Inhalt des Schreibens zur Folge.“

Die SLÖ wird allerdings nicht lockerlassen. An der nächsten Resolution an die Bundesregierung wird bereits formuliert – die „Sudetenpost“ wird darüber in der nächsten Ausgabe berichten.

BEI ENTSPRECHENDEN Anlässen gibt es Streicheleinheiten für die Vertriebenen. Zum Standard-Repertoire eines jeden Sonntagsredners gehört die Würdigung der Verdienste der Sudetendeutschen und anderer Vertriebenenengruppen für den Wiederaufbau nach dem Zweiten Weltkrieg. Weil das Thema Integration gerade heutzutage immer aktuell ist, werden die Vertriebenen auch noch als Musterbeispiele für gelungene Integration hingestellt. Selbst Politiker, deren Geschickkenntnisse ansonsten gegen Null tendieren, haben entsprechende Worthüllen brav einstudiert und fischen damit nach den Stimmen der gebauchpinselten Vertriebenen.

WENN ES ABER konkret wird und die so verdienstvollen Österreicher bzw. Deutschen mit Vertreibungshintergrund von der Politik nicht nur (geheuchelte) Worte, sondern Taten erwarten, dann hält sich das Engagement der meisten Lobhudler sehr in Grenzen. Wir erinnern uns nicht nur an den EU-Beitritt Tschechiens, wo im Vorfeld, als die Entscheidung noch nicht wirklich anstand, gar nicht wenige Politiker den Mund sehr voll genommen haben. Das Europaparlament forderte 1999 sogar die Aufhebung der Beneš-Dekrete – und blieb so wie die meisten anderen still, als die Tschechen fünf Jahre später samt den Dekreten beitraten. Die Geschichte dürfte sich nun im Fall Kroatiens wiederholen: Der Beitritt ist beschlossene Sache. Die Forderung der Donauschwaben, vor dem EU-Beitritt die Restitutionsfrage endgültig zu klären, wird – wie man auf gut Wienerisch sagt – „net amol ignoriert“.

ÄHNLICH ERGING ES der Sudetendeutschen Landsmannschaft mit ihrer im April vergangenen Jahres beschlossenen Protestresolution, in der die Untätigkeit der österreichischen Bundesregierung beklagt und mehr Einsatz für die Belange der Vertriebenen eingefordert werden. Offensichtlicher kann das Desinteresse an einer Causa nicht mehr demonstriert werden. Zuerst geschah gar nichts. Die Landsmannschaft hatte die Resolution zwar an alle Minister gemailt (der heute nicht unübliche Postweg), doch weil das nicht der Amtsweg war, wurde die Resolution nicht einmal zur Kenntnis genommen. Erst nachdem diese Ende Juni ein weiteres Mal per Post ans Kanzleramt versendet wurde, gab es Anfang Juli die Rückmeldung, daß die Resolution „dem Ministerrat vorgelegt“ worden sei. Das klingt ja zunächst halbwegs gut. Die Bundesregierung hat sich mit dem Thema befaßt. Doch das wäre eine Fehlinterpretation: Wenn eine Resolution dem Ministerrat vorgelegt wurde, bedeutet das noch lange nicht, daß er sich inhaltlich damit befaßt hat. Jedenfalls blieben Anfragen im Bundeskanzleramt nach dem weiteren Schicksal der Resolution bislang unbeantwortet.

WAS SOLL MAN daraus für Schlüsse ziehen? Zunächst vielleicht diesen: Es waren Ferien, aber im Herbst wird sich die Bundesregierung mit ganzem Elan den in dieser Resolution angesprochenen Anliegen widmen. Der Herbst ist vorbei, der Winter inzwischen auch. Ein ganzes Jahr ist ins Land gezogen.

DAMIT DRÄNGT SICH dieser Schluß auf: Die Resolution wurde im Bundeskanzleramt schubladisiert und keiner zerbricht sich noch den Kopf darüber. Größere Unmutsbekundungen seitens der Sudetendeutschen sind erfahrungsgemäß nicht zu erwarten. Schon in der Vergangenheit konnten sie stets mit ein

Fortsetzung auf Seite 2

DAS BILD DER HEIMAT



Das Schloß Hohenebel wurde Mitte des 16. Jahrhunderts errichtet und dann mehrmals umgebaut.

Wenn am Samstag vor Pfingsten in Augsburg der 64. Sudetendeutsche Tag eröffnet wird, ist der tschechische Staatspräsident Miloš Zeman 71 Tage im Amt. Gönner wir ihm also die 100-Tage-Schonfrist, die nach internationalem Brauch einem Neugewählten zusteht. Im Fall Zeman ist sie ja noch nicht abgelaufen. Ist der neue Hausherr auf der Prager Burg deshalb freigestellt von jeglicher Kritik? Eher nicht. Zeman, der Brachial-Rhetoriker, hat von sich aus einiges getan, um Aversionen gegen seine Person und seinen politischen Kurs aufkommen zu lassen. Er hat sich bei seiner Amtseinführung mit keinem Wort über seine konkreten Ziele geäußert, nicht einmal über sein außenpolitisches Konzept, obwohl gerade die Außenpolitik eine natürliche Domäne des Staatsoberhauptes ist; Karel Fürst Schwarzenberg, Zemans Kontrahent bei der Präsidentschaftswahl, hat das zu Recht moniert. Dafür hat Zeman einem Teil der tschechischen Medien – er meinte wohl diejenigen Presseorgane, die seinen mit heftigen Ausfällen gegen Schwarzenberg und die Sudetendeutschen gespickten nationalistischen Wahlkampf kritisierten – den Kampf angesagt. „Gehirnwäsche“ und Manipulation der öffentlichen Meinung hielt er ihnen vor. Hätte sich, um nur ein Beispiel zu nennen, ein ungarischer Spitzenpolitiker derart rüde über die „vierte Gewalt“ ausgelassen, die Hüter der politischen Korrektheit in Brüssel und Straßburg wären nicht müde geworden, an seinem Demokratieverständnis zu zweifeln. Das ist eben der Unterschied: Miloš Zeman ist kein böser Rechter, sondern ein Linker. Und bei Linken sieht man in der EU nicht so genau hin, man läßt ihnen einiges durchgehen. Dabei ist der Nachfolger von Václav Klaus mit dem Versprechen angetreten, einen Beitrag zur Beruhigung der Gesellschaft zu leisten. Das hätte die Tschechische Republik auch bitter nötig. Ihre Gesellschaft ist tief gespalten. Die erste Direktwahl des Staatsoberhauptes hätte eine demokratische Blutauffrischung bedeuten und die Weichen für eine Befreiung von den Lasten der Korruption und des Machtmißbrauchs, die wie Mehltau über den Land liegen, stellen können. Schon kursierte, angelehnt an Willy Brandts Parole 1969, der Spruch „Mehr Demokratie wagen“. Nichts da. Nur einigermaßen getarnte Bosheiten. Ausgerechnet auf dem Parteitag der Sozialdemokraten, an deren Spitze er einst stand, präsentierte sich Zeman als „neutraler Mittler“ gegenüber der Mitte-Rechts-Regierung von Premier Petr Nečas. Die Wahrheit ist: Dem Kabinett Nečas möchte er

am liebsten den Todesstoß versetzen, er möchte baldige Neuwahlen erzwingen, um sich und dem Land eine stabile linke Mehrheit zu sichern. Wenn man so will, dann war die Präsidentschaftswahl dafür ein Probelauf. Daß er nicht als Zimmerpflanze in einer Ecke der Prager Burg stehen werde, sondern sich aktiv in die Innenpolitik einmischen wolle, hatte Zeman schon während des Wahlkampfes versprochen. Wen wundert es da, daß der eigentlich zur parteipolitischen Zurückhaltung verpflichtete Präsident auch auf dem Kongreß der linken „Partei der Bürgerrechte – Zemans Leute“ (SPOZ) auftauchte; insofern ist Zeman ehrlich. Den bisherigen SPOZ-Chef Vratislav Mynář ernannte er zum Leiter seiner Präsidialkanzlei. Erster Vizevorsitzender der kleinen Zeman-Partei wurde Martin Nejedlý, er vertritt den russischen Ölkonzern Lokoil in Tschechien und zählt zu den großen SPOZ-Sponsoren. Das befeuerte wiederum

Unterbrochene Revolution

— Von Gernot Facius —

Spekulationen, der Ex-Sozialdemokrat sei mit russischer Finanzhilfe ins Amt gekommen. Wie hält es die Tschechische Republik überhaupt mit Rußland? Das ist einer der spannendsten Fragen. Zemans Vorgänger Klaus zeigte sich dem großen slawischen Bruder emotional sehr verbunden, er machte nie einen Hehl daraus, daß er mit Wladimir Putin viele Prinzipien teilt. Und Miloš Zeman? Er hat Verbindungen sowohl mit dem kommunistischen als auch dem nationalistischen Lager, das schlug sich im Wahlergebnis nieder. Doch anders als Klaus, gerierte er sich in seinen öffentlichen Äußerungen aufgeschlossen gegenüber der Europäischen Union. Wie echt das ist, werden die nächsten Wochen zeigen. Auf jeden Fall sollte man nicht so naiv sein und darauf bauen, ein Populist wie Zeman werde sich, wenn es darauf ankomme, schon domestizieren lassen und der EU ein verlässlicherer Partner sein als Václav Klaus. Diese Vorsicht gilt auch im Hinblick auf die Chancen einer geistig-moralischen Wende in der Tschechischen Republik, zumindest für die Rückkehr zu den Prinzipien von Václav Havel.

„Genau wie Klaus ist Zeman ein Symbol

des tschechischen Postkommunismus, der keine Moral, sondern nur Pfründe kennt“ – dieses harsche Urteil fällt die linksalternative Berliner „Tageszeitung“. Das Blatt steht nicht im Ruf, den Sudetendeutschen besonders gewogen zu sein. Aber es riet Zeman, auf dessen aggressiv-nationalistische Wahlkampagne anspielend, den tschechischen Wahlspruch „Die Wahrheit siegt“ in „Die Lüge hat gesiegt“ zu ändern. Die von Krise zu Krise taumelnde EU braucht heute mehr denn je eine berechenbare, innenpolitisch stabile Tschechische Republik, die ausstrahlt auf die Neumitglieder der Union in Südosteuropa. Davon ist man noch weit entfernt. Wer in der Wahrheit leben will, darf die Last der Vergangenheit, die Entrechtung und Vertreibung von Sudetendeutschen und Ungarn, nicht aus dem politischen Diskurs ausklammern oder, wie Zeman es tat, als Staatsräson verteidigen. Premier Nečas hat in seiner Rede im Bayerischen Landtag von der Wiederherstellung verlorener Gemeinsamkeiten von Tschechen und Sudetendeutschen gesprochen, eine lobenswerte Forderung. Man war allerdings schon einmal weiter, denkt man an die Euphorie während der „samtenen Revolution“ 1989. Diese Revolution scheint unterbrochen, die Bemühungen um eine Aufarbeitung der Vergangenheit beginnen stets aufs Neue. Zweifelloos war Schwarzenberg der moralische Sieger der Präsidentschaftswahl. Er hat sich nicht davon abhalten lassen, die Vertreibung und die Beneš-Dekrete zu thematisieren. Damit fand er auch Zuspruch bei seiner Klientel. Er hat es allerdings, das zeigen Analysen, versäumt, auf wirtschaftliche Sorgen und Nöte breiter Wählerschichten einzugehen. Auf diesem Feld hat Zeman gepunktet, dank seines populistischen Programms für ein skandinavisches Vorbildern orientierten tschechischen Wohlfahrtsstaates. „Zeman mag Schlitzohr oder gar Schurke sein, er gehört dem Stammtisch an. Schwarzenberg aber sitzt im Club“, kommentierte der Berliner Publizist und Schriftsteller Richard Wagner, ein profunder Beobachter der mittel- und osteuropäischen Länder, mit einem Exkurs in die Vergangenheit: „Die Tschechoslowakei hatte immer beides: Den Club für das Image und den Stammtisch für die Spießer.“ Fragt sich nur, wer heute das entscheidende Wort hat – im Blick auf die europäischen Probleme und die Auseinandersetzung mit der gemeinsamen böhmischen Geschichte. Der Club hat sich bislang nicht durchsetzen können. Die kommenden Monate dürften wieder spannend werden.

Seminare für Ahnenforscher

Auf Grund der zahlreichen Nachfragen veranstaltet **Familia Austria** – Österreichische Gesellschaft für Genealogie und Geschichte – in den nächsten Monaten wieder einige Halbtags-Seminare zur Ahnenforschung:

Samstag, 20. April, 13 bis 17 Uhr, in Laa an der Thaya: Ahnen- und Familienforschung in Niederösterreich und Mähren.

Samstag, 18. Mai, 13 bis 17 Uhr, in Rabensburg an der Thaya: Ahnen- und Familienforschung in Niederösterreich und der Slowakei.

Nähere Angaben zu den Veranstaltungsorten, zur Anmeldung und den Selbstkosten (für Vereinsmitglieder ermäßigt) finden Sie im Internet unter: <http://familia-austria.net>.

Böhmerwaldbund Oberösterreich

Kulturfahrt

zur Landesausstellung 2013

Bad Leonfelden / Hohenfurth

Samstag, 11. Mai (Bus-Tagesfahrt)

Achtung: Geänderte Zustiegsstelle

7.00 Uhr Pucking – 7.20 Uhr Trauner Kreuzung (Shell-Tankstelle) – 7.25 Uhr St. Martin (ehemalige Post) – 7.30 Uhr Böhmerwaldblock Neue Heimat – 8.00 Uhr Linz Hauptbahnhof (ehem. Busstation Nähe Hauptpost).

Anmeldungen jeden Montag von 9.00 bis 11.30 Uhr im Büro, Tel. 0 732 / 70 05 91, oder bei Fr. Inge Bayer, Tel. 0 72 29 / 89 147, oder unter: kontakt@bwb-ooe.

Politiker-Immunität beschnitten

Das tschechische Parlament hat die lebenslange Immunität der Abgeordneten und Senatoren aufgehoben. Eine entsprechende Verfassungsänderung billigte der Senat Mitte März. Jetzt muß sie noch der Staatspräsident Miloš Zeman unterzeichnen, womit gerechnet wird. Die Novelle sieht vor, daß die Volksvertreter auch weiterhin ohne Zustimmung der jeweiligen Parlamentskammer nicht strafrechtlich verfolgt werden können. Sollte aber das Unterhaus oder der Senat keine Zustimmung geben, kann der Parlamentarier nach der Beendigung seines Mandats belangt werden, was bisher nicht möglich war.

„Major Fürst Schwarzenberg“

Zur Zeit des Maiaufstandes 1945 befanden sich auf dem Prager Masarykbahnhof (Hyberner Bahnhof) eine große Zahl deutscher Flüchtlinge und Verwundete auf der Durchreise und Zivilisten, die auf eine Abreise warteten. Er behauptete sich mit einer von einem entschlossenen Hauptmann zusammengeraffter kleiner Gruppe deutscher Soldaten. „Der tschechische Major Fürst Schwarzenberg, der die Kapitulation der kleinen deutschen Truppe im Masarykbahnhof entgegennahm und dies, während ringsum die einmal geweckte Blutgier in den Straßen lauerte, mit Korrektheit und Ritterlichkeit tat, und wirklich dafür sorgte, daß das Häuflein deutscher Soldaten und Flüchtlinge ungestört seinen Marsch antreten konnte – dieser Major war eine der Gestalten, die sich aus Bro-

deln der hemmungslosen Instinkte und der blutigen Revolution herausgehoben“ (Jürgen Thorwald, „Das Ende an der Elbe“, Steingrüben-Verlag Stuttgart, 5. Auflage, 1953).

Es handelte sich um Karel (VI) Schwarzenberg (1911 bis 1986), dem Repräsentanten des Geschlechts der Schwarzenbergs in der Tschechoslowakei der Zwischenkriegszeit. Weil er dem Druck der deutschen Besetzer im Protektorat Böhmen und Mähren nicht nachgab und seine tschechische Nationalität beibehielt, wurde im Jahr 1942 sein Schloß Orlik von den Nazisten beschlagnahmt und sein ganzes Eigentum unter Zwangsverwaltung gestellt. Er schloß sich dem antinazistischen Widerstand an und nahm an ihm in den Maitagen 1945 aktiven Anteil („Lidové noviny“, 26. 1. 2013). wyk

ČR: Präsidenten-Direktwahl bewertet

Etwa Vier Fünftel der Tschechen halten die Direktwahl des Präsidenten für die richtige Entscheidung. Auch glauben sie, daß sie verantwortungsbewußt und ohne Vorurteile gewählt haben und daß der Verlauf der Wahl würdevoll gewesen ist. Dies geht aus dem Ergebnis einer Umfrage der Agentur STEM hervor. Rund achtzig Prozent hatten die Direktwahl schon Ende der neunziger Jahre verlangt. Die Ansicht, daß die Wahl würdevoll verlaufen ist, vertreten etwa zwei Drittel der Befragten, am häufigsten vertreten sie Zeman-Wähler. Aber Vorbehalte hatte nicht einmal über die Hälfte der Wähler, die Schwarzenberg gewählt hatten und Nichtwähler. Es wurden 1090 Respondenten über 18 Jahre befragt (čtk, 22. 2. 2013). wyk

Meine Erfahrungen haben gezeigt, daß ein Großteil unserer Bevölkerung mit der Bezeichnung „Sudetendeutsche“ nichts anzufangen weiß. Zudem wird nicht unterschieden zwischen „Flüchtling“ und „Vertriebenem“.

Vor einiger Zeit lernte ich während einer Zugfahrt eine Dame kennen, die sich intensiv mit ihren eigenen Zeichnungen beschäftigte. Da ich vermutete, daß es sich um Vorlagen für Häkel- oder Klöppelarbeiten handelte, erlaubte ich mir, mich mit dieser Frage an sie zu wenden. Ihrer erklärenden Antwort, die in einwandfreiem Deutsch, jedoch mit leicht hartem Akzent gesprochen wurde, glaubte ich zu entnehmen, daß meine Mitreisende möglicherweise aus den Ostgebieten stammt. Sie bejahte, nicht in Deutschland geboren, jedoch schon während ihrer Jugend aus Siebenbürgen (Rumänien) zugereist zu sein und fragte mich ihrerseits nach meiner Herkunft. Als sie

das Wort „Sudetendeutsche“ hörte, entschuldigte sie sich für ihre Unwissenheit, aber von einem Land mit diesem Namen habe sie bislang noch nie etwas gehört, ebensowenig von einer Vertreibung der Sudetendeutschen.

weder ein Sudetenland, noch ein Schlesien und war sehr überrascht, daß ich der deutschen Sprache mächtig bin. Man fragte mich, welche Sprache denn in diesem Sudetenland gesprochen wurde?

SUDETENLAND? WO SOLL DAS SEIN?

Eine fast gleiche Erfahrung machte ich bereits vor einigen Jahren, als ich während eines Gesprächs mit einer Gruppe jüngerer Menschen gefragt wurde, woher ich denn komme, da ich reines Deutsch und keinen hiesigen Dialekt spreche? Auch da kannte man

Um noch ein weiteres Beispiel für diese allgemeine Unkenntnis anzuführen, berichte ich von einem Telefongespräch mit einem etwa siebzehnjährigen Schüler. Um mich zu vergewissern, ob ich mit meinem Anruf wirklich an die richtige Familie geraten war, fragte ich

zunächst den Sohn, ob es sich bei seinen Eltern um die Familie W. handelt und ob diese aus dem Sudetenland stamme? „Sudetendeutsche? Was ist denn das? Habe ich noch nie gehört“.

Es ist traurig und erschreckend zugleich, daß ein Großteil der noch lebenden Generation der Vertriebenen ihrem Nachwuchs die Heimat nicht einmal durch Erzählungen nahebringt, ihr Interesse für dieses schöne Land weckt und sie vor allem über die historischen und politischen Hintergründe informiert. Nachdem dieses Thema in den Schulen nicht behandelt wird, ist es umso wichtiger, daß Zeitzeugen ihr Wissen, wenn schon nicht schriftlich, doch zumindest mündlich weitergeben. Viel Zeit bleibt uns nicht mehr.

Wir nehmen die Erinnerungen mit ins Grab. Dann weiß niemand mehr, daß es ein Sudetenland gab! Eleonora Bolter-Schwella